Bürgerbewegung pro Köln e.V.
in der Vertretung des Stadtbezirkes Nippes

pro Köln – Neußer Straße 450 – 50733 Köln

Herrn Bezirksbürgermeister
Bernd Schößler

Herrn Oberbürgermeister
Fritz Schramma

Eingang beim Bezirksbürgermeister: 07.04.2009

AN/0629/2009

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Bezirksvertretung 5 (Nippes)	28.05.2009

Aktivitäten der Milli Görüs in Nippes
- Antrag der Bürgerbewegung pro Köln e.V. -

Die Bezirksvertretung Nippes möge beschließen:

Die Bezirksvertretung Nippes fordert Oberbürgermeister Fritz Schramma, den nordrhein-westfälischen Landtag und den Landes-Innenminister dazu auf, alle rechtlichen Möglichkeiten einschließlich der Prüfung eines Vereinsverbots auszuschöpfen, um den Ausbau des Zentrums der islamistischen Vereinigung Milli Görüs an der Neusser Straße 356 zu verhindern.

Begründung:

Die radikal -islamische Vereinigung Milli Görüs baut ihr Gemeindezentrum an der Neusser Straße 356 aus. Antragsteller für das Projekt beim Bauaufsichtsamt ist die Firma „Spezial-Liegenschafts-Management“ (SLM) des Immobilienmanagers Ibrahim El-Zayat. Erst kürzlich hat die Polizei in Köln, Kerpen, Bornheim, Hamm, Garching, München und Berlin Wohnungen und Büroräume islamischer Funktionäre durchsucht, die im Verdacht stehen, eine kriminelle Vereinigung gegründet zu haben. Eine wichtige Spur führt nach Köln-Nippes zur islamischen Vereinigung Milli Görüs, deren Immobilienmanager Ibrahim El-Zayat ins Visier der Ermittler geraten ist. Laut „Kölner Stadt-Anzeiger“ soll auch der Generalsekretär der umstrittenen, als radikal geltenden Organisation, Oguz Ücüncü, zu den Verdächtigen gehören.

Zunächst wird den Beschuldigten Steuerhinterziehung vorgeworfen. Sie sollen ein illegales wirtschaftliches Netzwerk in Deutschland gebildet haben, dessen Gewinne am Fiskus vorbei geschleust worden sein sollen. Die federführenden Ermittler der Münchener Staatsanwaltschaft und der Polizei sprechen von „betrügerischen Finanzkonstruktionen“.

Aber es kommt noch schlimmer: Einer der Tatverdächtigen soll „in federführender Art und Weise in einer Münchener Moschee mit Bezug zur sunnitisch-extremistischen Muslimbruderschaft tätig“ gewesen sein. Das unterscheidet offenbar die Islamisten von einem Teil unserer deutschen Politiker, die in die eigene Tasche wirtschaften: Bei ihnen geht es nicht um Selbstbereicherung, sondern um die Finanzierung des Glaubenskrieges insbesondere dort, wo direkter „Feindkontakt“ zu Israelis und US-Amerikanern besteht.

Da könnte auf uns Deutsche eine neue Welle von Wiedergutmachungsforderungen zukommen. Denn Ibrahim El-Zayat gehört als Mitglied des „Zentralrats der Muslime“ zu den „Dialogpartnern“ von Innenminister Wolfgang Schäuble. Falls sich die gegen El-Zayat erhobenen Anschuldigungen beweisen lassen, muß der Innenminister die künftigen „Dialog“-Runden entweder in die Justizvollzugsanstalt verlegen, oder sich bei der Terminplanung an den Zeiten orientieren, in denen sein Gesprächspartner gerade Freigang hat.

Auch Oberbürgermeister Fritz Schramma müßte umdisponieren, falls es zu Verurteilungen kommen sollte. Er hat Milli Görüs in den „Rat der Religionen“ der Stadt Köln berufen. Dort haben Milli-Görüs-Vertreter unter anderen an mehr oder weniger frommen Absichtsbekundungen für den Umgang mit religiösen Extremisten mitgeschrieben. Immerhin kann man in diesem Fall ausnahmsweise einmal nicht behaupten, Schramma hätte sich mit Leuten umgeben, die von dem Thema, mit sie sich auseinander setzen, keine Ahnung hätten …

Im Kölner Norden ist die Stadt Köln Milli Görüs hilfreich zur Seite gesprungen, als die Organisation einen Bauantrag für ein islamisches Zentrum an der Elbealle gestellt hat, obwohl dafür die rechtlichen Voraussetzungen nicht bestanden haben, weil der Bauträger das in Rede stehende Grundstück noch gar nicht erworben hat. Der Antrag wurde trotzdem prompt positiv beschieden. Andere, nicht-islamische Bauträger haben selten so viel Glück. Der Skandal wurde nur öffentlich bekannt, weil der Chorweiler pro-Köln-Bezirksvertreter Martin Schöppe monatelang hartnäckig von seinem Recht Gebrauch gemacht hat, in der Bezirksvertretung Anfragen zu stellen und so in kleinen Schritten die Hintergründe des islamischen Chorweiler Bauprojektes aufklären konnte.
Werden von Köln aus militante Islamisten in aller Welt mit Geld versorgt? – Das haben jetzt Polizei und Staatsanwaltschaft aufzuklären. Der Standort wäre zweifellos von islamischer Seite klug gewählt. Denn in kaum einer anderen deutschen Großstadt bestehen für das Gedeihen illegaler islamistischer Strukturen so gute Voraussetzungen wie in der Domstadt, wo jeder, der vor den Gefahren der Islamisierung warnt, von Politik und Medien als Rassist und Rechtsextremist verunglimpft wird.

Die Bezirksvertretung Nippes darf nicht wegsehen, wenn in unserem Stadtteil radikale, antisemitische Anhänger des Islam ihre Infrastruktur ausbauen. Es gilt, Milli Görüs in Nippes mit allen demokratisch und rechtsstaatlich legitimen Mitteln zu stoppen!

gez. Rouhs